



Der Hauptgeschäftsführer

Einzelhandelsverband Nord e.V. – Postfach 1969 – 24018 Kiel
Herrn Christopher Vogt
Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Postfach 7121
24171 Kiel

**Einzelhandelsverband
Nord e. V.**
Hamburg • Schleswig-Holstein
Mecklenburg-Vorpommern

per Email: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

29.01.2014
Bö/HGF/-mas
29.01.14 SH-Landtag
Wirtschaftsausschuss Lkw-Maut.docx

**Keine Ausweitung der LKW Maut
Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1137**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 17. Dezember 2013 haben Sie uns gebeten, zu dem o. a. Antrag der Fraktion der FDP Stellung zu nehmen. Dieser Bitte kommen wir gern nach und beantworten die Anfrage wie folgt:

Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses werden wissen, dass eine gute verkehrliche Infrastruktur eine unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft ist.

In den vergangenen Jahren hat nicht nur das Bundesland Schleswig-Holstein, sondern ganz Deutschland seine Verkehrsinfrastruktur „auf Verschleiß gefahren“. Besonders ärgerlich ist dabei, dass aus unserer Sicht die Einnahmen, die durch Maut-Gebühren, Steuern oder ähnliche verkehrsbezogene Abgaben generiert werden, ausreichen, um den Bestand zu sichern und die notwendigen Ausbaumaßnahmen zu finanzieren. Wir haben in Bund und Land weniger ein verkehrspolitisches Einnahmeproblem, als vielmehr ein Verteilungsproblem.

Die Diskussionen um die Pkw-Maut sowie die Ausdehnung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen suggerieren den Bürgern jedoch etwas anderes und lenken vom eigentlichen Thema ab. Als Erstes müsste es doch darum gehen, die vorhandenen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur erst dann für nicht-verkehrsbezogene Maßnahmen anderer Ressorts zu plündern, wenn die eigentlichen Kernaufgaben finanziert und erledigt sind. Die Realität sah und sieht leider anders aus.

Die in einem breiten öffentlichen Konsens geführte Debatte zum Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wird politisch für die Einführung neuer Abgaben – versteckte Steuern – missbraucht. Dadurch führt die im Kern sinnvolle Debatte im Endeffekt zu einer unnötigen Mehrbelastung der Verbraucher.

Die Diskussion in Deutschland und in unserem Bundesland sollte vielmehr dahin gehen, vorhandene Mittel stärker als bisher in unsere Verkehrsinfrastruktur zu investieren. In Schleswig-Holstein muss das verkehrspolitische Augenmerk zudem vielmehr auf dem Ausbau unserer Autobahnen liegen. Dies würde letztendlich auch die Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen Schleswig-Holsteins entlasten.

Zaudern und Zögern bei der Weiterführung wichtiger Autobahnabschnitte im Lande auf der einen Seite und die gleichzeitige Diskussion über die Ausweitung von Maut-Gebühren zur Erhaltung des Straßennetzes auf der anderen Seite, passen nicht zusammen. Eine ehrliche Debatte sollte die Finanzierung für den Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur aus den bestehenden Straßenverkehrsbezogenen Einnahmen zum Mittelpunkt haben.

Daher unterstützen wir den Antrag der FDP-Fraktion, von einer Mautausweitung Abstand zu nehmen.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



RA D. Böckenholt
Hauptgeschäftsführer